

Saarland-Innenministerin kämpft für Abschiebung

Doch Asyl für 200 000 abgelehnte Bewerber?

Saarbrücken - In Deutschland bahnt sich eine neue große Auseinandersetzung um Zuwanderung und Asyl an. Rund 200 000 abgelehnten Asylbewerbern soll auf einen Schlag sofort Asyl gewährt werden. Saarlands Innenministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) wendet sich vehement gegen diese Bestrebungen von Menschenrechtsgruppen wie Pro Asyl.

Pro Asyl schätzt, dass etwa 230 000 Menschen „lediglich auf der Grundlage einer Duldung in Deutschland“ leben. Die Asyl-Unterstützergruppen drängen, dass „Lösungsperspektiven“ auf der nächsten Tagung der Innenministerkonferenz am 4. bis 6. Dezember erörtert werden.

Pro Asyl verlangt, dass alle Asylbewerber, die mindestens fünf Jahre hier leben, in den Genuss der so genannten Härtefallregelung kommen - auch wenn sie gar keinen Asylgrund haben. Familien mit Kindern sollen sogar schon nach drei Jahren Aufenthalt als Härtefall eingestuft werden und somit Anspruch auf Bleiberecht haben, unbegleitete Minderjährige bereits nach zwei Jahren.

Annegret Kramp-Karrenbauer, Deutschlands einzige Innenministerin, hat im Bundesrat zwar für die Härtefallregelung gestimmt. Jetzt aber muss festgelegt werden: Was ist ein Härtefall?

„Wenn sich die Unterstützergruppen durchsetzen, verliert der Staat die Möglichkeit, den Aufenthalt eines Asylbewerbers zu beenden, der gar nicht verfolgt wurde, also keinen Asylgrund hat“, sagte die Ministerin WELT am SONNTAG. Im Saarland allein müssten von den bundesweit rund 200 000 schätzungsweise 2000 abgelehnte Asylbewerber für immer aufgenommen werden.

Die Ministerin stellt die Frage: „Ist der Staat im Bereich von Asyl und Abschiebung noch handlungsfähig?“ Bei fast jeder Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern werde mittlerweile Druck auf die staatlichen Organe wie Innenministerium und Polizei ausgeübt: von Unterstützergruppen, von Geistlichen und Gemeindefmitgliedern, die Kirchenasyl gewähren, von einschlägig engagierten Rechtsanwälten, durch medial zur Schau gestellte Betroffenheit der Asylfamilien

und durch Mahnwachen. Mehr als 3000 Menschen sollen in katholischen und evangelischen Gemeinden schon einmal im Kirchenasyl gelebt haben - manche bis zu sechs Jahren. Gegenwärtig sollen es über 300 sein. Das ist illegal, denn Kirchenasyl verstößt gegen das Ausländergesetz.

Die CDU-Ministerin berichtet von Mitarbeitern in ihrem Ministerium, „die sagen, dass sie zweifeln, weil der Staat dem Recht nicht mehr, Geltung verschafft. Bürger trauen sich nicht mehr offen zu artikulieren, dass sie eine Abschiebung abgelehnter Asylbewerber befürworten - aus Furcht vor verbreiteter Political Correctness.“

Die Ministerin betont: „Das ist der falsche Umgang mit Zuwanderung und Asyl. Der Bevölkerung wird suggeriert, dass der Staat nicht mehr die Notwendigkeit sieht, tatsäch-

lich Asylbedürftige von nicht Asylbedürftigen zu unterscheiden.“

Häufig tragen nämlich die abgelehnten Asylbewerber selbst dazu bei, dass sie nicht frühzeitig abgeschoben werden können - um sich dann nach mehrjährigem Deutschland-Aufenthalt als Härtefall bezeichnen zu lassen. Erstens: Sie reisen nach gerichtlich bestätigter Ablehnung ihres Asyl-

antrages nicht freiwillig aus. Dann wird argumentiert: Sie seien doch schon lange hier, fühlten sich integriert, die jüngsten Kinder seien hier geboren und hätten keinen Bezug zur Heimat ihrer Eltern und so weiter.

Ihre Methode, die freiwillige Ausreise oder schließlich die Abschiebung immer wieder hinauszuschieben, sei fast immer dieselbe, so die Ministerin. Es seien nicht selten kriminelle Methoden: Die Asylbewerber stellten nach dem Asylantrag immer neue Folgeanträge. Dafür finden sie leicht willige Rechtsanwälte. Wird ihr Antrag abgelehnt, tauchen sie unter. Sie vernichten ihre Personalpapiere. Dann verschaffen sie sich mit falschen Papieren und Namen eine neue Identität und beginnen in einer anderen deutschen Stadt das Spiel von vorn und beziehen Sozialhilfe beziehungsweise Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in bemerkenswerter Höhe.



Annegret Kramp-Karrenbauer, Innenministerin des Saarlandes

BECKER + BREDEHAUPT PRESS

axel springer
infopool
Axel-Springer-Strasse 6
10888 Berlin

W am S
17.11.2002 S. 6